

"Das war Mobbing!"

// Unbezahlte Überstunden, ungeregelter Bereitschaftsdienst, Lehrkräfte werden wie "unmündige Rädchen" behandelt: heftige Vorwürfe gegen die Geschäftsführung der "ecolea"-Privatschule in Schwerin. Die Betriebsratsvorsitzende warf das Handtuch. //

"Das war Mobbing!", erklärt Jana Wolff, Lehrerin für Biologie, Englisch und Sport. Die Geschäftsführung des Schulträgers habe im Winter 2014/2015 immer mehr Druck auf sie ausgeübt. "Ich hatte Depressionen, außerdem litt ich unter Schlaflosigkeit und Unruhe", berichtet die heute 48-Jährige. Von Januar bis Ende März 2015 war sie krankgeschrieben. Schließlich warf Wolff das Handtuch – sie

verließ im August 2015 die "ecolea – Internationale Schule Schwerin".

Die staatlich anerkannte Privatschule, idyllisch am Ziegelinnensee gelegen, ist laut Homepage ein bilinguales Gymnasium mit "ganztägigem Lernangebot". In der Mensa gebe es "frische, von unserem Küchenchef zubereitete Kost". Eltern zahlen pro Monat 200 Euro Schulgeld. "ecolea"-Schulen gibt es in Schwerin, Rostock und auf Mallorca. Als Träger wird die Seminarcenter-Gruppe genannt. Wer im Handelsregister nachschaut, stößt auf die "Seminarcenter - Institut für Personalentwicklung GmbH". Deren Geschäftsführer heißt Sven T. Olsen, 58 Jahre alt, er trägt den Titel Dr. phil.

Daniel Taprogge vom GEW-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern kennt die ecolea Schwerin. Die Schule bezahle zwar nach dem Tarifvertrag der Länder (TV-L), sagt der Tarifreferent. Allerdings seien die tarifvertraglich vereinbarten Erhöhungen in 2013 und 2014 bei den Beschäftigten erst "mit einem Jahr Verzögerung" umgesetzt worden. "Klarer Vertragsbruch", urteilt Taprogge. Auch habe es an der Schule Unklarheiten bei der Abrechnung von Arbeitszeiten gegeben. "Das lief chaotisch", urteilt Wolff, die seit 2008 hier unterrichtet hat.

2013 gelingt es den Lehrkräften, einen Betriebsrat zu wählen. Jana Wolff übernimmt den Vorsitz. Sven T. Olsen ist offenbar not amused. In einem Rundbrief, datiert vom 18. November 2014, lässt er alle Beschäftigten

>> Fortsetzung auf Seite 25

>> Fortsetzung von Seite 24

der Schweriner Privatschule wissen: Er habe gewarnt, "dass sich die Kommunikation nach Einrichtung eines Betriebsrates auf Paragraphen statt auf Inhalte orientieren werde". Im Rundbrief geht es um die Frage, wie der Bereitschaftsdienst der Lehrkräfte künftig zu regeln sei. Der Schulgeschäftsführer beanstandet, dass der Betriebsrat vor Abschluss einer Betriebsvereinbarung einen externen Sachverständigen einschalten wolle. "Dessen Beauftragung wird mit Initialkosten nicht unter 2 000 Euro verbunden sein", empört sich Olsen im Rundschreiben. "Ich habe dieses Ansinnen daher aus rechtlichen und kaufmännischen Gründen abgewiesen."

Im Dezember 2014 folgt eine Betriebsversammlung, an der auch Daniel Taprogge teilnimmt. Olsen habe während dieser Veranstaltung erklärt, so der GEW-Referent, dass der Schulträger wirtschaftlich in der Lage sei, den Lehrkräften an der ecolea-Schule in Rostock eine Prämie zu zahlen. In Schwerin sei dies aber nicht möglich, weil es hier einen Betriebsrat gibt. "Mit diesen Aussagen setzt der Geschäftsführer den Betriebsrat unter Druck", kritisiert Taprogge. Olsen könne sich damit strafbar machen. Taprogge verweist auf Paragraph 119 Betriebsverfassungsgesetz. "Mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer (...) die Tätigkeit des Betriebsrats (...) stört", heißt es dort.

Offenbar verschärft sich das Betriebsklima in diesen Wochen. Wolff erhält am 24. November 2014 eine "Abmahnung wegen Arbeitsverweigerung". Grund: Wolff habe am 14. November 2014 eine Vertretungsstunde nicht geleistet. "Ihr Verhalten erfüllt den Tatbestand der Arbeitsverweigerung", schreibt Olsen in der Abmahnung. "Die Vertretungsstunde lag außerhalb meines Bereitschaftsdienstes", rechtfertigt sich Wolff. Die Vertretung sei zudem "nicht fristgerecht und zu kurzfristig angekündigt worden". Gleichwohl habe sie dafür gesorgt, dass ein Kollege die Stunde übernahm. "Unterrichtsausfall gab es also nicht." Wolff sagt, sie habe damals als Beschäftigte den Schulträger verklagt,

unter anderem weil Überstunden nicht vergütet wurden.

Patrick Dingle, Lehrer für Biologie und Geographie, berichtet, er habe von August 2011 bis Oktober 2015 an der ecolea in Schwerin unterrichtet. Zudem sei er Mitglied der Schulleitung gewesen, so der promovierte Geologe. Dingle beanstandet, "dass die Lehrkräfte eher wie unmündige Rädchen behandelt werden". Die Geschäftsleitung sei nicht bereit gewesen, Kritik ernstzunehmen. Zudem ist zu erfahren, dass die Fluktuation an der ecolea Schwerin, an der rund 40 Lehrerinnen und Lehrer beschäftigt sind, hoch ist. "Seit 2010 habe ich rund 30 Kolleginnen und Kollegen kommen und gehen sehen", sagt eine ehemalige Lehrkraft. Von 2010 bis Sommer

2015 habe es vier Schulleiter gegeben. Wir bitten Sven T. Olsen um Stellungnahme. Er antwortet, es handele sich um "innerbetriebliche Angelegenheiten". Aus diesem Grund "möchte ich hierzu nicht öffentlich Stellung nehmen". Olsen betont: Zwischen Lehrkräften und Betriebsrat sowie der Schul- und Geschäftsleitung gebe es eine "konstruktive, von gegenseitigem Respekt geprägte Zusammenarbeit". Die "Behauptungen des Herrn Dr. Dingle" seien "unsubstantiiert". Dann folgt eine offene Drohung: "Ob Dr. Dingle allerdings die Rechtsfolgen einer Veröffentlichung seiner Behauptung übersieht, scheint mir fraglich."

Matthias Holland-Letz, freier Journalist

Tarifverhandlungen öffentlicher Dienst Bund und Kommunen: Jetzt Warnstreiks

Nach der ersten Verhandlungsrunde für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen haben die Gewerkschaften erste Warnstreiks angekündigt. Die Positionen von Arbeitgebern und Gewerkschaften lagen weit auseinander. Die Arbeitgeber wollen die tariflich zugesagten Renten aus der Zusatzversorgung kürzen. Das lehnen die Gewerkschaften strikt ab. Sie bekräftigten ihre Forderung nach sechs Prozent mehr Gehalt.

Gerade Erzieherinnen und Erzieher können auf die Betriebsrente nicht verzichten. Ihre Ausbildungsjahre zählen bei der Berechnung der gesetzlichen Rente nicht mit, zudem müssen viele in Teilzeit arbeiten. Beide Entwicklungen tragen dazu bei, dass die Leistungen aus der gesetzlichen Rente nicht sehr üppig ausfallen werden.

"Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben insbesondere in den vergangenen Monaten gerade mit Blick auf die Flüchtlingsfrage sehr gute Arbeit geleistet. Die Steuereinnahmen übertreffen die Vorausberechnungen so stark, dass der Finanzminister erheblichen Spielraum hat. Jetzt müssen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren Anteil an dieser Entwicklung erhalten", sagte GEW-Vorsitzende Marlis Tepe nach der Verhandlungsrunde in Potsdam. Sie wies darauf hin, dass die Konjunktur gut laufe und stark vom privaten Konsum getragen werde. "Eine ordentliche Gehaltssteigerung soll diese Entwicklung stabilisieren und die Kaufkraft der Beschäftigten stärken." Tepe betonte, dass der öffentliche Dienst bei der Gehaltsentwicklung gegenüber der Wirtschaft immer noch Nachholbedarf habe. "Außerdem muss die Arbeit bei Bund und Kommunen attraktiv bleiben: Nur so können gute Nachwuchs- und qualifizierte Fachkräfte gewonnen werden."

Die zweite und dritte Verhandlungsrunde für die rund 2,1 Millionen Beschäftigten sind auf den 11./12. April sowie den 28. bis 30. April terminiert.

Ulf Rödde,

Redaktionsleiter der "Erziehung und Wissenschaft"

Alle Infos zur Tarifrunde finden Sie auf der GEW-Website unter www.gew.de/troed2016.